

A stylized map of Central Africa composed of a grid of grey dots. Several dots are highlighted in red, indicating specific regions or countries within the continent.

Die Zentralafrikanische Republik auf der Suche nach Frieden

SUSANNE STOLLREITER
September 2015

- Trotz UN-Präsenz sowie internationaler und nationaler Friedensbemühungen ist die politische Lage in der Zentralafrikanischen Republik äußerst fragil. Dafür gibt es zahlreiche Gründe, von denen nicht alle hausgemacht sind.
- Die Übergangsregierung unter Präsidentin Samba-Panza hat aufgrund von Klientelismus und Korruption ihre Glaubwürdigkeit verloren. Das Vertrauen in die UN-Truppen seitens der Bevölkerung ist unter anderem durch sexuelle Übergriffe stark erschüttert. Noch immer marodieren Rebellen Gruppen im ganzen Land und hunderte Tausende Einwohner_innen sind auf der Flucht. Staatsgewalt und Administration befinden sich bestenfalls im Aufbau.
- In einer derartigen Lage schnellstmöglich Wahlen abzuhalten, ist für die Etablierung einer legitimen Regierung und eines nachhaltigen Friedens nicht sinnvoll. Stattdessen wäre eine gründliche Vorbereitung der Wahlen durch die Registrierung aller Wähler_innen sowie die Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit als Grundbedingung angeraten.
- Eine Begleitung der Wahlvorbereitungen sowie des Versöhnungsprozesses durch regionale und internationale Akteure ist dringend geboten. Zwar wurde mit dem »Forum de Bangui« der Grundstein für die Versöhnung durch einen nationalen Dialog gelegt, weitere Dialoge und eine langfristige Post-Konflikt-Bearbeitung müssen jedoch folgen.



Die politische Lage in der Zentralafrikanischen Republik ist fragil, seitdem das Land mit dem Sturz von Präsident François Bozizé im Frühjahr 2013 in Chaos und Bürgerkrieg versunken ist. Daher bemühen sich seit 2014 nationale und internationale Akteure um die allmähliche Wiederherstellung der Staatsgewalt sowie um die Befriedung und Aussöhnung der verfeindeten Parteien.

Große Hoffnungen wurden in das »Forum de Bangui« gesetzt, das die verfeindeten Konfliktparteien auf die Versöhnung vorbereiten, Frieden schaffen und den Übergang zur Wiederherstellung der Staatlichkeit durch Wahlen einleiten sollte. Aufgrund der Ernsthaftigkeit der Diskussionen und der umfangreichen Beteiligung der Zivilgesellschaft wurde das Forum von Bangui von nationalen und internationalen Beobachter_innen mehrheitlich als Erfolg bewertet. Doch angesichts immer wieder aufflackernder Gewalt stellen sich viele Analyst_innen die Frage, ob der Zeitpunkt für Neuwahlen und damit der Übergang zur Normalität in dem seit Jahrzehnten zerrütteten Land nicht verfrüht ist.

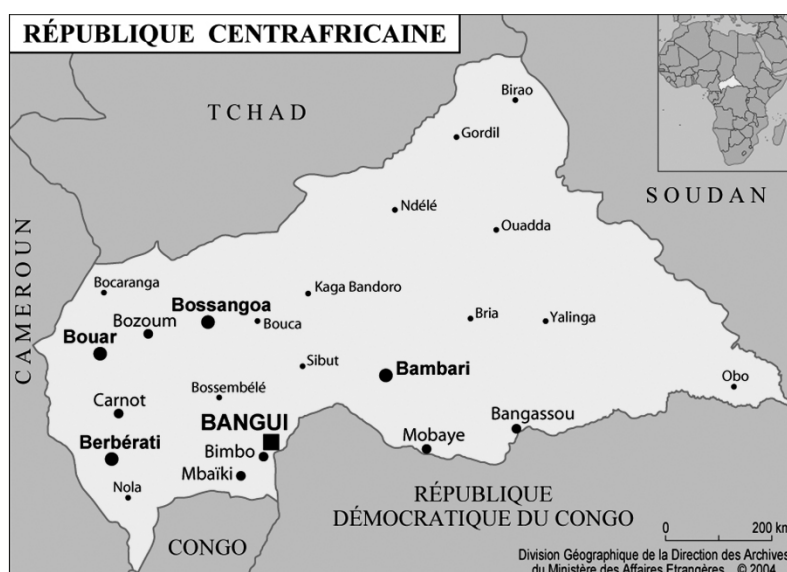
Bisherige Konfliktbilanz

Über 4.000 Tote, mindestens 800.000 Binnenflüchtlinge und derzeit über 400.000 Flüchtlinge in den Nachbarstaaten (darunter 236.000 in Kamerun und 90.000 im Tschad) sind bislang die Bilanz der politischen und sozialen Krise sowie der anhaltenden Gewalt in der Zentralafrikanischen Republik seit dem Sturz von Präsident

François Bozizé am 24.3.2013.¹ Damit ist die Zentralafrikanische Republik zu einem Pulverfass für die gesamte Region geworden. Zum einen droht der Konflikt auf die Nachbarstaaten überzugreifen, zum anderen werden die unterentwickelten, selbst konfliktbelasteten und autoritär geführten Nachbarstaaten mit der zusätzlichen Flüchtlingsbelastung kaum fertig.

Die Vereinten Nationen reagierten dementsprechend frühzeitig: Als die Mission des französischen Kontingents »Sangaris« zu scheitern drohte, wurde im September 2014 die Entsendung einer 10.000 Mann starken UN-Eingreiftruppe (MINUSCA) beschlossen. Die Friedenssicherung durch die UN gestaltet sich jedoch schwieriger als angenommen. Dazu tragen sowohl die geografische Lage der Zentralafrikanischen Republik im Zentrum verschiedener Konfliktherde, die nicht vorhandene oder völlig zerstörte Infrastruktur (Straßen, Strom- und Wasserversorgung) als auch die immer wieder aufflackernde Gewalt an verschiedenen Orten im Land bei. Ursache dieser Gewalt sind auch die Geschäfte der zahlreichen verfeindeten Rebellengruppen sowie einzelner Individuen, die das Land mit illegal beschafften und teils durch den Handel mit Diamanten finanzierten Waffen destabilisieren. Die nicht vorhandene und zu großen Teilen nur auf Bangui begrenzte Reichweite der Staatsgewalt ist ein weiterer Faktor, der nicht zur Konflikteindämmung beiträgt.

1. Angaben der katholische Kommission *Justice & Paix*. Andere Beobachter_innen nennen zum Teil höhere Zahlen.



Name: Zentralafrikanische Republik (République Centrafricaine)

Größe des Landes: ca. 623.000 km²

Hauptstadt: Bangui, ca. 600.000 Einw.

Bevölkerung: rund 4,5 Millionen

Staatsoberhaupt: Catherine Samba-Panza, Übergangspräsidentin seit Januar 2014

Premierminister: Mahamat Kamoun

Bruttoinlandsprodukt (BIP):

1.783 Milliarden US-Dollar (Weltbank 2014)

Bruttonationaleinkommen (BNE):

330 US-Dollar (Weltbank 2014)

Quellen: Abbildung – Ministère des affaires étrangères RCA (2004); Daten – Auswärtiges Amt 2015.

Enttäuschte Hoffnungen hinsichtlich der Übergangsregierung

Seit Januar 2014 wird das in drei Teile zerfallene Land² von einer technokratischen Übergangsregierung geleitet, deren Macht jedoch nach Angaben von Beobachter_innen kaum über das Zentrum der Hauptstadt hinausgeht. Auf der derzeitigen Übergangspräsidentin Catherine Samba-Panza, der ehemaligen Bürgermeisterin von Bangui, ruhten große Hoffnungen. Als parteipolitisch unabhängige Frau sprach man ihr eine besondere Rolle bei der Versöhnung der verfeindeten Bevölkerungsteile zu. Diese Hoffnungen sind nach einem Jahr ihrer Amtszeit aus Sicht der Bevölkerung jedoch enttäuscht worden. Vorgeworfen wird ihr nicht nur Klientelismus, sondern vor allem auch der mangelnde Wille zu einer wirklichen Veränderung der Zustände. So setzte sie sich zum Missfallen der Bevölkerung etwa für die Beteiligung der Konfliktparteien – (Ex-)Séléka und Anti-Balaka³ – an der Macht ein.

Für die Tragfähigkeit des Transitionsprozesses in der Zentralafrikanischen Republik hat der Glaubwürdigkeitsverlust der Übergangsregierung erhebliche Folgen: So ist infrage gestellt, ob die derzeitige Übergangsregierung überhaupt noch über die nötige Unterstützung der Bevölkerung sowie über genug eigene Kraft und Willen verfügt, das Land zur Normalität zurückzuführen.

Kontraproduktives Verhalten und fragwürdige Zusammenstellung der Blauhelme

Die UN-Truppen wurden vom Sicherheitsrat durch die Resolution 2149 mit einem robusten Mandat ausgestattet. Zur Enttäuschung der Bevölkerung setzten sie aber von Beginn an auch in schwierigen Situationen eher auf Verhandlungen und friedliche Konfliktlösung, was beispiels-

weise dazu führte, dass die UN-Truppen bei Gewalttaten nicht zum Schutz der Bevölkerung einschritten, sondern untätig zuschauten. Dementsprechend fühlt sich die Bevölkerung von den Vereinten Nationen im Stich gelassen und zweifelt an der Bereitschaft der UN zur Lösung des Konflikts – auch weil die Entwaffnung der gewalttätigen Gruppen nicht konsequent umgesetzt wird.

Ebenso erzeugte die offensichtliche Vertuschung eines UN-Berichts, der den sexuellen Missbrauch zentralafrikanischer Kinder durch französische Soldaten beinhaltet, Wut und Fassungslosigkeit in der Bevölkerung. Weitere Berichte und Zeugenaussagen zu sexuellen Übergriffen der UN-Truppen folgten. Nicht ohne Konsequenz: Anfang August 2015 wurde der Sondergesandte und Leiter der MINUSCA, Babacar Gaye, aufgrund der Vorwürfe aus seinem Amt entlassen. Generalsekretär Ban Ki-Moon ist nun um Schadensbegrenzung durch umfassende Aufklärung und Strafverfolgung der Fälle bemüht.

Neben dem Verhalten der Vereinten Nationen wird darüber hinaus auch die ethnische Zusammensetzung der Blauhelme kritisiert. Sie bestehen aus einem großen tschadischen Truppenkontingent, was angesichts der Verwicklungen des Tschads in den Konflikt (u. a. durch die tschadischen Séléka) zu großem Misstrauen der traumatisierten Bevölkerung gegenüber den UN-Truppen führt.

Die Bilanz der Übergangsregierung und der internationalen Friedensmission ist dementsprechend eher negativ: Die gewalttätigen Übergriffe wurden nicht beendet. Die Staatsgewalt und staatliche Autorität über Militär, Polizei, Justiz und Administration sind noch nicht wieder hergestellt. Die Bevölkerung ist enttäuscht und fühlt sich im Stich gelassen und hat zudem das Vertrauen in die Integrität der Übergangsregierung und der UN verloren. Eine nachhaltige Basis für Frieden und Versöhnung scheint aufgrund dieser Tatsachen in weiter Ferne.

Nationales Versöhnungsforum in Bangui

Vom 4. bis 10. Mai 2015 fand das lange erwartete und bereits mehrfach verschobene nationale Versöhnungsforum in der Hauptstadt Bangui statt. Seine Vorbereitungen wurden von großen Hoffnungen und Erwartungen begleitet. Vor allem für die Zivilgesellschaft bot das Forum eine wichtige Chance, sich gestaltend in den Versöhnungsprozess einzubringen sowie ihren Wünschen und

2. Der Norden und Südosten des Landes wird von den (Ex-)Séléka kontrolliert, der Westen und Südwesten von den Anti-Balaka und die Hauptstadt im Zentrum von den internationalen Truppen.

3. Séléka bedeutet in der zentralafrikanischen Landessprache Sango »Allianz«. In dieser Allianz vereinen sich verschiedene Rebellengruppen wie die *Union des Forces Démocratiques pour le Rassemblement* (UFDR), die *Convention des Patriotes pour la Justice et la Paix* (CJPJ), ferner einige Kämpfer_innen des tschadischen Rebellenführers Baba Laddé, Straßenräuber_innen sowie tschadische und sudanesishe Söldner_innen. Sie werden als (Ex-)Séléka bezeichnet, da sie von ihrem ehemaligen Anführer, Michel Djotodia, eigentlich aufgelöst worden sind, aber dennoch weiterhin existieren. Die Anti-Balaka sind eine Selbstverteidigungsgruppe aus Bäuerinnen und Bauern sowie einigen Soldat_innen der zentralafrikanischen Armee. Sie bildeten sich ausgehend von der Region Bossangoa, der Heimatregion von General François Bozizé.

Erwartungen gegenüber den Machthaber_innen Gehör zu verschaffen. Für internationale Beobachter_innen war eine möglichst breite Beteiligung der Bevölkerung bedeutend, um eine gesunde Basis für den Frieden zu schaffen.

Vorgeschlagen wurde die Organisation eines solchen Versöhnungsforums bereits im Juli 2014 im Rahmen der Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens zwischen (Ex-)Séléka und Anti-Balaka sowie anderen bewaffneten Gruppen in Brazzaville. Das Forum sollte zum ersten Mal in der konfliktreichen Geschichte der Zentralafrikanischen Republik den Bürger_innen die Gelegenheit geben, die Verantwortung für eine bessere und friedliche Zukunft ihres Landes selbst in die Hand zu nehmen. Bis heute fanden Versammlungen und Beratungen über aktuelle und vergangene zentralafrikanische Krisen meist im Ausland und ohne Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppen statt. Dementsprechend wurden die Ergebnisse von vielen Akteuren kaum anerkannt.

Mühsame Organisation der Versöhnung

Die Vorbereitung des Forums gestaltete sich kompliziert: Sie begann mit der Konsultation der Bevölkerung. Schwierig war dabei, alle Menschen auch in den entlegensten Landesteilen sowie die vielen nicht registrierten Flüchtlinge im benachbarten Ausland zu erreichen. Weiteren Anlass zur Diskussion boten die personelle Besetzung der Organisatoren des Forums⁴ sowie die Frage, welche Konfliktparteien in welcher Stärke an dem Forum teilnehmen dürften.⁵ Unklar war zu Beginn auch die Gewährleistung der Finanzierung dieses logistisch sehr umfangreichen Projektes.

4. So wurde beispielsweise Anfang April 2015 Jean-Jacques Démafouth zum Leiter dieses Komitees ernannt. Dies wurde jedoch mehrheitlich von der Bevölkerung und dem Nationalen Übergangsparlament abgelehnt, da er unter anderem beim Sturz des sozialdemokratischen Präsidenten Ange-Félix Patassé im Jahr 2003 seine Hände mit im Spiel hatte. Nach heftigen Debatten wurde daher schließlich die Gesundheitsministerin Dr. Marguerite Samba-Maliavo zur Chefin des Organisationkomitees ernannt.

5. Die Anzahl der Teilnehmer_innen war auf 585 begrenzt, wovon 234 Plätze für die Repräsentant_innen der 78 Sub-Präfekturen sowie die Repräsentant_innen der Basiskonsultation reserviert waren. Weitere Sitze waren für die Diaspora, die internationale Gemeinschaft, die Zivilgesellschaft, die politischen Parteien, die religiösen Plattformen katholischer, protestantischer und muslimischer Vertreter_innen vorgesehen sowie je 20 Plätze für die bewaffneten Konfliktgruppen (Ex-)Séléka und Anti-Balaka. Letztere Entscheidung wurde von den Betroffenen stark kritisiert, weil damit ihrer Ansicht nach nicht alle Splittergruppen von (Ex-)Séléka und Anti-Balaka berücksichtigt werden konnten. Zudem wurden der ehemalige Präsident Michel Djotodia und sein Vorgänger François Bozizé von den Verhandlungen ausgeschlossen, was zum Boykott des Forums durch einige treue Anhänger_innen der beiden führte. Unzufrieden mit der Anzahl der Teilnahmeplätze zeigten sich auch die muslimischen Vereinigungen, die sich mit 13 Sitzen unterrepräsentiert sahen.

Diese Unstimmigkeiten im Vorfeld des Forums sind zu erwähnen, auch wenn sie nach Ansicht zahlreicher nationaler und internationaler Beobachter_innen kaum einen Einfluss auf dessen Erfolg hatten und die zentralafrikanische Bevölkerung in der Summe erstaunlich umfassend im Forum repräsentiert war. Logistische und finanzielle Hilfe zur Vorbereitung des Forums, insbesondere um die Menschen aus weit entlegenen Landesteilen nach Bangui zu bringen, leistete die internationale Gemeinschaft.

Auf dem Weg zur Versöhnung

Die Forumsthemen »Frieden und Sicherheit«, »Gerechtigkeit und Versöhnung«, »Regierungsführung« sowie »soziale und wirtschaftliche Entwicklung« waren sorgfältig ausgewählt worden, da sie bedeutsame Etappen auf dem Weg der Versöhnung und Rekonstruktion des zentralafrikanischen Staates darstellen. Diskutiert wurden beispielsweise die Entwaffnung der Konfliktgruppen, um den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten, der Aufbau eines tragfähigen und glaubwürdigen Justizwesens (unter anderem zur Ahndung der Kriegsverbrechen) sowie die Notwendigkeit, Misswirtschaft, Korruption und Klientelismus zu beseitigen, um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes positiv zu beeinflussen. Auch über die Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen wurde gesprochen, wobei durch die Aussagen des Präsidenten der nationalen Wahlvorbereitungskommission, Dieudonné Kombo Yaya, deutlich wurde, dass die Wahlen wohl nicht bis zum geplanten Zeitpunkt im August 2015 organisiert werden könnten.

In allen Arbeitsgruppen sowie im Plenum des Forums wurde nach Aussagen von Beobachter_innen auf hohem Niveau, mit erstaunlicher Ernsthaftigkeit und einem tatsächlichen Willen zum Dialog diskutiert. Dennoch konnten aufgrund der knappen Zeit nicht alle Fragen bis ins Detail geklärt werden.

Die Schlusserklärung enthielt nach Tagen der Diskussion und des Austausches am 10. Mai 2015 schließlich folgende wichtige Vereinbarungen:

- die Unterzeichnung eines Entwaffnungsabkommens;
- die Schaffung von Strukturen zur Wiederherstellung eines Justizwesens;
- die Verlängerung der Übergangsphase und damit der Übergangsregierung.

Ein erster Schritt zur Versöhnung

Für eine langfristige Bewertung der Ergebnisse ist es wenige Wochen nach dem Forum noch zu früh. Trotzdem schätzen viele Teilnehmer_innen und unmittelbare Beobachter_innen das Forum als erfolgreich ein. Zum einen weil der Versuch gelungen ist, möglichst weite Teile der zentralafrikanischen Zivilgesellschaft und der Konfliktparteien an der Suche nach einem friedlichen Weg aus dem Konflikt zu beteiligen – und dies zum ersten Mal in der langen konfliktreichen Geschichte des Landes.⁶ Zum anderen wurden im Verlauf des Versöhnungsforums die wesentlichen Punkte angesprochen, die für eine friedliche Zukunft und eine Versöhnung der verfeindeten Bevölkerungsgruppen nötig sind. Dazu gehört zum Beispiel die Entwaffnung der gewalttätigen Gruppen, die Rückführung der Flüchtlinge, der Aufbau eines tragfähigen Polizei- und Justizwesens, Neuwahlen sowie die Verurteilung der begangenen Kriegsverbrechen. Als einen dritten erfolgreichen Punkt lässt sich zudem anführen, dass die Vereinbarungen des Forums im Konsens von der Mehrheit der Teilnehmer_innen getragen wurde. Damit stellt das Forum von Bangui aus heutiger Sicht einen entscheidenden Schritt zur Versöhnung dar.

Die Aussagen einiger politischer Vertreter_innen nach dem Forum von Bangui geben zudem Anlass zur Hoffnung, dass das Land wirklich bereit für Frieden ist. Herbert Gontran Djono Ahaba, Präsident der RPRC (*Rassemblement Patriotique pour le Renouveau de la Centrafrique*), einer politischen Partei, welche die (Ex-)Séléka vertritt, sagte beispielsweise:

»Je pense que nous devons faire taire les armes, je pense qu'il est temps que le peuple centrafricain puisse retrouver la paix.«⁷

Ähnlich äußerte sich für die Anti-Balaka auch Patrice Edouard Ngaissona:

6. Seit der Unabhängigkeit im Jahr 1960 ist die Zentralafrikanische Republik nicht zur Ruhe gekommen. Mehrere Staatsoberhäupter lösten sich an der Spitze des Landes ab, die meisten durch einen Staatsstreich. Nur 1993 wurde zum bislang einzigen Mal der Sozialdemokrat Ange-Félix Patassé demokratisch gewählt, dann jedoch ebenfalls durch einen Staatsstreich gestürzt. Seither versank das Land durch immer wiederkehrende Krisen in einen Zyklus der Gewalt mit Spitzen zwischen Dezember 2012 und März 2014.

7. Dt. Übersetzung: »Ich denke, dass wir die Waffen nun schweigen lassen müssen, ich denke, dass das zentralafrikanische Volk nun den Frieden wiederfinden kann.«

»L'heure n'est plus au combat (...). Nous sommes engagés dans une voie de pacification parce que nous avons d'autres orientations pour apporter notre contribution à une nouvelle République.«⁸

Politische und gewerkschaftliche Beobachter_innen sprechen daher auch von einem »patriotischen Moment«, der vom Forum von Bangui ausging. Alle Beobachter_innen sind sich jedoch darin einig, dass das Forum nur einen ersten, wenn auch entscheidenden Schritt zur Versöhnung darstelle und die Umsetzung der Vereinbarungen von Bangui nun wichtig für weitere Fortschritte sei.

Erste Erfolge nach dem Forum von Bangui

Auf Initiative von UNICEF entließen gewalttätige Gruppen in der Zentralafrikanischen Republik noch während des Forums Kindersoldaten aus ihren Reihen. Weiterhin wurde im Zuge der Vereinbarungen von Bangui ein DDR-Abkommen (*Disarmament, Demobilisation and Reinsertion*) von den (Ex-)Séléka- und Anti-Balaka-Gruppierungen unterzeichnet, das noch vor den nächsten Wahlen umgesetzt werden soll. Die ehemaligen Kombattant_innen sollen die Möglichkeit erhalten, entweder in die staatliche Armee, Gendarmerie oder Polizei eingegliedert oder mithilfe eines kommunalen Entwicklungsprogramms in ihren Heimatorten sozial reintegriert zu werden. Ausländische Kämpfer_innen (aus dem Tschad und dem Sudan) sollen freiwillig das Land verlassen.

Darüber hinaus wurde mit dem *Cour Penale Spéciale* (CPS) ein nationaler Strafgerichtshof geschaffen, der Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und allgemeine Menschenrechtsverletzungen aus der Zeit der Krise und danach ahnden soll. Symbolische Bedeutung hatte zudem der Beschluss, das muslimische Fest Tabaski und das Ende des Ramadan zu Feiertagen zu erklären, um die religiöse Vielfalt der Zentralafrikanischen Republik zu unterstreichen. Nicht zuletzt wurden für den 18. Oktober 2015 Präsidentschaftswahlen sowie der Plan angekündigt, bis zum Ende des Jahres die Übergangssituation durch Wahlen und eine neue reguläre Regierung zu beenden.

8. Dt. Übersetzung: »Der Kampf ist beendet, wir schlagen den Weg des Friedens ein, weil wir zur Gestaltung der neuen Republik beitragen können.«

Wahltermin am 18. Oktober 2015: Zu früh?

Die Entscheidung, die Wahlen zu verschieben, wurde von externen Beobachter_innen bereits im Vorfeld als vernünftig angesehen. Die politische Situation lässt einen früheren Wahltermin derzeit nicht zu. Intern war diese Entscheidung jedoch nicht unumstritten, da damit auch eine Verlängerung der stark kritisierten Übergangsregierung unter Präsidentin Samba-Panza einherging. Gegen diese Maßnahme protestierten die Gegner_innen der Übergangspräsidentin direkt nach dem Ende des Forums von Bangui lautstark und zum Teil mit Waffengewalt. Größere Ausschreitungen konnten allerdings verhindert werden. Den Wunsch, die Übergangssituation schnell zu beenden, teilt jedoch die Mehrheit der Bevölkerung, da sie sich nach Frieden und Normalität sehnt.

Allerdings wird auch der jetzige Wahltermin von vielen internationalen Beobachter_innen als verfrüht und organisatorisch kaum umsetzbar angesehen. Verfrüht, weil das Land von einer wirklichen Aussöhnung und Frieden noch weit entfernt ist: So gibt es nach wie vor vereinzelte Angriffe und gewalttätige Attacken auf Personen. Die Staatsgewalt ist noch immer geprägt von der Abwesenheit von Polizei, einer nicht ausreichend existenten Armee sowie eines voll funktionsfähigen Justizwesens. Und die Entwaffnung der Konfliktparteien wird als schwierig angesehen, da hier zum Teil auch der Wille fehlt. Viele Landesteile und selbst Stadtviertel von Bangui sind zudem noch immer in der Hand marodierender Gruppen. Das Land ist somit weiterhin geprägt von einer Atmosphäre der Unsicherheit und Gewalt, welche keine geeignete Basis für Wahlen bietet.

Bereits bei der Organisation des Forums von Bangui kam es aufgrund der schweren Erreichbarkeit einiger Landesteile zu organisatorischen Schwierigkeiten sowie zu kleineren Auseinandersetzungen bezüglich der Zusammensetzung und Repräsentativität. Dies sollte sich bei den Wahlen nicht wiederholen, um die Legitimität und Akzeptanz der Ergebnisse durch die Bevölkerung nicht zu gefährden. Da mit der Krise sämtliche staatlichen Verwaltungssysteme zusammengebrochen sind, stellt sich die Organisation der Wahlen bzw. die Wahlvorbereitung jedoch als schwierig dar. Viele Menschen verfügen über keine Personaldokumente und sind nicht in Wählerregistern registriert. Erschwert wird diese Lage zudem durch die vielen nur unzureichend erfassten Flüchtlinge. Nach UN-Angaben handelt es

sich um 450.000 Binnenflüchtlinge plus circa noch einmal die gleiche Anzahl von Flüchtlingen in den Nachbarländern Tschad, Kongo und Kamerun, die nun erst langsam bürokratisch erfasst werden müssen. Darüber hinaus müssten die Flüchtlinge zunächst erst einmal in ihre Heimatorte oder überhaupt aus dem Ausland in die Zentralafrikanische Republik rücküberführt und vor Ort reintegriert werden. Allein diese Aufgabe erscheint auf die Schnelle kaum umsetzbar.

Zu guter Letzt fehlt auch das Geld zur Finanzierung der Wahlvorbereitungen und Wahlen. Auch deshalb reist die Übergangspräsidentin Catherine Samba-Panza derzeit um die Welt, um für die finanzielle Unterstützung der Wahlen in der Zentralafrikanischen Republik zu werben. Gebraucht werden für das Wahlbudget ungefähr 34,6 Millionen US-Dollar, davon fehlten bis vor kurzem noch zwei Drittel.

Nachhaltiger Frieden vor den Wahlen

Die Wahlen gründlich vorzubereiten, ist für die Zentralafrikanische Republik trotz allem Verständnis für die schnelle Beendigung der Übergangssituation von äußerster Wichtigkeit. Nur so kann die spätere Regierung die maximale Legitimität erhalten und von der Bevölkerung akzeptiert werden; und nur so kann verhindert werden, dass das Land nicht gleich wieder in Chaos, Bürgerkrieg und Anarchie verfällt – wie schon so häufig in seiner Geschichte.

Die oberste Priorität sollte daher die Wiederherstellung der Sicherheit sowie der Staatsgewalt und Rechtsstaatlichkeit in der Zentralafrikanischen Republik einnehmen. In der jetzigen Situation ist es wenig hilfreich, wenn die internationale Gemeinschaft und befreundete Nationen wie Frankreich auf einen schnellen Wahltermin drängen. Sie stellen sich damit zum Teil in den Dienst der Gruppen und Parteien, die möglichst schnell die Macht in der Zentralafrikanischen Republik übernehmen wollen. Auf der anderen Seite lassen sie sich von der Hoffnung leiten, den sehnlichen Wunsch der Bevölkerung nach Normalität schnellstmöglich zu erfüllen. Doch gerade aufgrund der langen konfliktreichen Geschichte der Zentralafrikanischen Republik wäre ein langsameres, nachhaltigeres und überlegteres Vorgehen sowie die Herstellung von Sicherheit und Frieden noch vor den Wahlen angeraten.



Eine weitere Begleitung des Versöhnungsprozesses durch regionale und internationale Akteure ist dringend geboten. Zwar wurde mit dem Forum von Bangui der Grundstein für die Versöhnung durch einen nationalen Dialog gelegt, doch weitere Dialoge und eine langfristige Post-Konflikt-Bearbeitung müssen folgen. Das Forum von Bangui hat in jedem Fall die Hoffnung auf eine gewaltfreie Zukunft für die Zentralafrikanische Republik genährt. Diese sollte nun nicht durch verfrühte und schlecht vorbereitete Wahlen zerstört werden.



Über die Autorin

Susanne Stollreiter ist seit Juni 2014 Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Yaoundé, Kamerun, mit Zuständigkeit für Kamerun und die zentralafrikanische Region. Zuvor arbeitete sie als Referentin in verschiedenen Positionen für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Hannover und Berlin. Sie hat Internationale Beziehungen und Diplomkulturwirtschaft an den Universitäten Passau, Dresden und Stirling/UK studiert.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Afrika
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Manfred Öhm, Leiter, Referat Afrika

Tel.: +49-30-269-35-7446 | Fax: +49-30-269-35-9217
<http://www.fes.de/afrika>

Bestellungen/Kontakt:
Caroline.Lemmer@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.